

## **Braucht die Welt eine Schweizer Armee? Pazifistische Politik im 21. Jahrhundert**

Josef Lang

Das im Frühling 1986, genau in der Mitte des hier behandelten Zeitraums, erschienene „Handbuch Frieden Schweiz“ sah die damalige Friedensbewegung in einer „Krise“. Heute wissen wir, dass sich der Pazifismus nach den Berner und Basler Großdemos von 1982 bis 1983 mit gesamthaft etwa 100'000 Teilnehmenden und vor dem GSoA-Herbst 1989, wo über eine Million Stimmende ein Ja zu einer Schweiz ohne Armee in die Urne legten, zwar in einem Tal, aber nicht in einer Sackgasse befand. Die eklatante Fehleinschätzung des „Handbuchs“ sollte eine Warnung sein vor allzu leichtfertigen Krisendiagnosen.<sup>1</sup>

Gemäß dessen Herausgeberschaft, dem „Forum für praxisbezogene Friedensforschung“, „schwankte“ die Friedensbewegung „zwischen Resignation und Radikalität“. Das pazifistische Schwanken wurde an drei der 79 vorgestellten Friedensorganisationen illustriert: „Der Schweizerische Friedensrat hat sein Treffen zu seinem 40jährigen Jubiläum unter das schillernde Motto ‚als wären wir nicht verzweifelt‘ gestellt; und während der Schweizer Zweig des Service Civil International seinen langen Atem an der Jahresversammlung 1986 mit dem Thema ‚Noch haben wir Puste‘ dokumentieren will, sammelt die Gruppe Schweiz ohne Armee unverdrossen, aber mit stockendem Ertrag, an der zweiten Hälfte der 100'000 Unterschriften für die Armeeabschaffungsinitiative.“<sup>2</sup>

Die Vorbehalte des „Handbuchs“ gegenüber jener Organisation, welche dem Schweizer Pazifismus den größten Erfolg in seiner Geschichte bescheren sollte, hatte wesentlich damit zu tun, dass dessen Autoren „den ausgetrampelten Pfad der Initiativen“ ablehnten und gegen „die neuen Inhalte, Aktions- und Organisationsformen“ der frühen 1980er Jahre ausspielten.<sup>3</sup> Diese Kritik, welche die GSoA (genau: Gruppe für eine Schweiz ohne Armee) in einem langen und vielfältigen Abstimmungskampf auch mit ihren Aktionsformen Lügen strafte, weist auf eine weitere Schwäche vieler Krisendiskurse hin: Die Krise der eigenen Option wird unzulässigerweise als eine der gesamten Bewegung betrachtet.

Ein anderer Text im „Handbuch Frieden Schweiz“ definierte die Krise der Friedensbewegung etwas allgemeiner: „Thesenartig lässt sich sagen: wenn die Friedensbewegung auf ihr organisatorisches Grundgerüst zurückschrumpfte und nurnmehr in Kerngruppen und

---

<sup>1</sup> Vgl. Forum für praxisbezogene Friedensforschung 1986, 7.

<sup>2</sup> Ebd., 7f.

<sup>3</sup> Ebd., 119.

Organisationsen weiterexistierte, befand sie sich in einer Krise.“<sup>4</sup> Diese Aussage ist insofern banal, als das Auf zu (meist kürzeren) Hochs und das Ab zu (meist längeren) Tiefs zum Charakter sozialer Bewegungen gehören. Deshalb ist das quantitative Kriterium zu ergänzen durch ein qualitatives: Der Pazifismus befindet sich dann in einer Krise, wenn wichtige Strömungen und ProtagonistInnen Kriege, erst recht völkerrechtswidrige, rechtfertigen oder gar unterstützen und/oder dem Anspruch der Militärs, der Förderung des Friedens zu dienen, beipflichten. In diesem Sinne hat der Pazifismus seine wohl schwerste Krise seit dem Zweiten Weltkrieg eben erst hinter sich. Daraus befreit haben ihn quantitativ die weltweiten Riesenmobilisierungen gegen den Irak-Krieg, qualitativ die nicht zuletzt durch diesen gewonnene Einsicht, dass der Neomilitarismus mit humanitärem Mäntelchen nichts anderes ist als das, was Robert Cooper, ehemaliger Berater von Tony Blair und Javier Solana, dem Chef der EU-Sicherheitspolitik, „Neuen Imperialismus“ nennt.<sup>5</sup>

Uneingeschränkt beizupflichten ist dem „Handbuch“, wenn es zur Definition des Begriffs „Friedensbewegung“ festhält: „Von einer Selbstzurechnung kann deshalb nicht ausgegangen werden, weil in der politischen Propaganda die ganze Schweiz – samt Armee – für sich in Anspruch nimmt, ‚sich ja selber als eine Art beständige, wenn nicht vorlaute Friedensbewegung‘ (NZZ) zu verstehen. Am sinnvollsten begreifen wir deswegen als Friedensbewegung all jene Bestrebungen und Organisationen, die, von der Verwerflichkeit und Sinnlosigkeit des Krieges ausgehend, in kritischer Absicht auf die Phänomene ‚Rüstung/Militarismus/Gewalt‘ reagieren und Vorschläge für die Sicherung des Friedens und für gewaltfreie Konfliktaustragung entwickeln.“<sup>6</sup>

Die folgenden Ausführungen konzentrieren sich auf die letzten 40 Jahre, und zwar aus der Perspektive eines Mitglieds der Internationale der Kriegsdienstgegner (IdK) sowie der Kasernen- und Soldatenkomitees in den 1970er Jahren und seither der GSoA, der ab Mitte der 1980er Jahre stärksten Mitträgerin und Mitgestalterin des Pazifismus in der Schweiz. Die vier vergangenen Jahrzehnte lassen sich in zwei klar unterschiedene Epochen trennen: In die Zeit bis 1989, in der die helvetische Auseinandersetzung um „Rüstung/Militarismus/Gewalt“ wesentlich eine um die antikommunistisch geprägte geistige Landesverteidigung war. Und in die Zeit nach dem Ende des Kalten Krieges bis zum heutigen Irak-Krieg, in der es in der Auseinandersetzung um „Rüstung/Militarismus/Gewalt“ scheinbar um das Humanitäre,

---

<sup>4</sup> Ebd., 19.

<sup>5</sup> Cooper 2002.

<sup>6</sup> Forum für praxisbezogene Friedensforschung 1986, 18.

tatsächlich um die Relegitimierung von Armeen und um globale Macht, vorrangig um die Kontrolle der Rohstoffquellen ging und geht.<sup>7</sup>

### **Vor 1989: Braucht die Schweiz eine Armee?**

In der Schweiz wurden die 68er und die folgenden sozialen Bewegungen außergewöhnlich stark durch das pazifistische, antimilitaristische, rüstungskritische Engagement geprägt. Die Zahl der Militärverweigerer, deren jährlicher Durchschnitt in den ersten zwanzig Jahren nach Kriegsende knapp 40 betragen hatte, schnellte 1966 auf 122, betrug in den 1970er Jahren im Durchschnitt 331 und erhöhte sich in den 1980er Jahren auf 612. Allein in den 1970er und 1980er Jahren sind damit fast 10'000 junge Männer wegen der Verweigerung von Rekrutenschulen und Wiederholungskursen verurteilt worden, was nicht nur monatelange Haftstrafen, sondern häufig Berufsverbote und familiäre Tragödien, aber auch erhöhtes Sozialprestige in den recht breiten Alternativszenen zur Folge hatte. In der gleichen Zeitperiode haben 4225 Personen den militärisch geprägten Zivildienst verweigert. Der Kampf in der Armee führte zur Bildung von Soldaten- wie auch Kasernenkomitees, deren beste Zeiten die frühen 1970er und die ersten 1980er Jahre waren. Die Prozesse an den Divisionsgerichten gegen Verweigerer und Soldaten waren häufig Anlass für Solidaritätskundgebungen und rhetorische Auftritte, beispielsweise von Schriftstellern wie Friedrich Dürrenmatt oder Adolf Muschg. Es gab immer wieder Diskussionen über die Militärjustiz, einer verfassungswidrigen Sonderjustiz. Das in der Jugend vorherrschende armeekritische Klima fand seinen Ausdruck im Großerfolg des Dokumentarfilmes „Soldat S.“ von Richard Dindo und Niklaus Meienberg, der in den Jahren 1977 und 1978 in Hunderten von Ortschaften gezeigt und diskutiert wurde.<sup>8</sup>

Auf der institutionellen Ebene gab es eine Reihe von Volksabstimmungen, die alle aufzuzählen hier zu weit führen würde. Im September 1972 wurde die 1969 vom Schweizerischen Friedensrat angeregte Waffenausfuhrverbotsinitiative mit 49,7 Prozent Ja-Stimmen äußerst knapp verworfen. Im Dezember 1977 wurde die erste Zivildienst-Vorlage, die nur für „unpolitische“ Militärverweigerer bloß einen „Ersatzdienst“ vorsah und deshalb auch von einem Teil der PazifistInnen abgelehnt wurde, mit 37,6 Prozent der Stimmenden bachab geschickt. Auch die Tatbeweis-Initiative, die auf eine unwürdige Gewissensprüfung verzichtete, blieb im Februar 1984 bei einem Ja-Stimmen-Anteil von 36,2 Prozent

---

<sup>7</sup> Vgl. Altwater (Blätter) 2005, 66f.

<sup>8</sup> Vgl. Störk 1991, 90-135, Anhang II, III, V; VI, VII, IX.; Ruggle 1988, 57-82.

chancenlos, obwohl sie breit abgestützt war. Es war der finanzstarken „Aktion Freiheit und Verantwortung“, ihrem „Verein zur Förderung des Wehrwillens und der Wehrwissenschaft“, der „Arbeitsgemeinschaft für gleiche Wehrpflicht und eine friedenssichernde Milizarmee“, dem „Eidgenössischen Komitee für allgemeine Wehrpflicht“, dem „Schweizerischen Aktionskomitee gegen die Aushöhlung der Allgemeinen Wehrpflicht“, dem „Überparteilichen Komitee gegen die Unterwanderung unserer Milizarmee“, dem „Komitee gegen die Dienstverweigerer-Initiative“ und der „Aktion wehrhafte Friedenssicherung“ gelungen, aus der zweiten Zivildienstinitiative eine Armeeabschaffungsinitiative zu machen.<sup>9</sup>

Diese Erfahrung bewog viele Verweigerer und Zivildienstaktivisten, der 1982 gegründeten Gruppe für eine Schweiz ohne Armee beizutreten. Bereits an der Berner Großkundgebung vom Dezember 1981 war die Abschaffung der Armee auf Druck der Mehrheit der Friedensbewegten in den Forderungskatalog aufgenommen worden. Die aufgrund einer Anregung der Jungsozialisten entstandene GSoA lancierte am Frühlingsanfang 1985 die Unterschriftensammlung für das Begehren mit dem Titel „Für eine Schweiz ohne Armee und für eine umfassende Friedenspolitik“. Nicht zuletzt dank den gut 20'000 Unterschriften der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) konnten am 12. September 1986 111'300 gültige Unterschriften eingereicht werden.<sup>10</sup>

Was der Forderung nach Armeeabschaffung ihre besondere Brisanz verlieh, zeigte die stark von der GSoA geprägte „Kluncker“-Kampagne im Spätsommer 1989 gegen die „Diamant-Feiern“ zum 50. Jahrestag der Kriegsmobilmachung. Dass die Schweiz als einziges Land Europas des Kriegsausbruchs in einem positiven Sinne gedachte, löste im In- und Ausland ziemliches Entsetzen aus. Sowohl bei der geschichtspolitischen Kampagne wie auch bei dem direkt darauf folgenden Abstimmungskampf ging es wesentlich um die Infragestellung der kollektiven Lebenslüge der offiziellen Schweiz, sie sei dank ihres militärischen Widerstands und nicht primär wegen der wirtschaftlichen Kollaboration von den Nazis verschont worden. An all den äußerst bewegten Abstimmungsveranstaltungen und am GSoA-Festival auf dem Bundesplatz in Bern haben gesamthaft etwa 70'000 Personen teilgenommen. Dass mehr als ein Drittel der Stimmenden und die Mehrheit der Jungen der utopischen Forderung einer Schweiz ohne Armee zustimmten, erklärt sich auch durch den Glücksfall, dass knapp drei Wochen vor der Abstimmung die Berliner Mauer fiel. Ausgerechnet in einer Situation, in der

---

<sup>9</sup> Vgl. Störk 1991, 90-115, Anhang IV; Amherd 1984, 30-72.

<sup>10</sup> Vgl. Störk 1988, 8-61; Gross/Seitz 1985.

die Armee innerlich angefeindet wurde wie nie mehr seit dem Genfer Massaker von 1932, verlor sie ihre wichtigste Stütze: den äußeren Feind.<sup>11</sup>

### **Nach 1989: Braucht die Welt eine Schweizer Armee?**

Das Ende des Kalten Krieges und erst recht die Auflösung des Warschauer Paktes im Juli 1991 stürzten nicht nur die schweizerische, sondern alle Armeen in Legitimations- und die Rüstungskonzerne in Absatzkrisen. Am stärksten betroffen war die NATO, die ihre Existenz immer mit der des Warschauer Paktes begründet hatte. Gleichzeitig bot die Implosion des so genannt „realsozialistischen“ Lagers den USA die Chance, ihre militärische Macht imperial auszuweiten. Zur Bannung der Gefahr wie zur Wahrung der Chance sollte sich der großserbische Tyrann Milosevic gleichsam als *diabolus ex machina* erweisen. Am Anfang des Balkankrieges standen eine UNO und eine OSZE, die dank ihrer Rolle bei der friedlichen Auflösung des Ostblocks ein hohes Ansehen genossen, was sie für die NATO um so gefährlicher machte. Am Schluss standen im Frühjahr 1999 der völkerrechtswidrige Kosovokrieg, die Verwandlung der NATO in ein globales Offensivbündnis und die Marginalisierung der UNO. Robert Kagan schreibt im neokonservativen Kultbuch *Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der neuen Weltordnung*, dass die „Existenzfähigkeit des Bündnisses“ zu den „Hauptzielen der amerikanischen Intervention“ im Kosovo gehört hat, „so wie die Erhaltung der Allianz ein Hauptmotiv der früheren Intervention der USA in Bosnien“ gewesen ist.<sup>12</sup> In Begriffen aus der Schweizergeschichte ausgedrückt: Der Sonderbund des reichen Nordwestens dieses Planeten hat innert eines Jahrzehnts den Bund der Völker militärisch ausgebootet. Der völkerrechtswidrige Irakkrieg vier Jahre später ist eine Folge dieser Fehlentwicklung.

Deren Schlüsselmoment war der Bosnienkrieg 1992 bis 1995. Bereits im Mai 1992 erteilte die NATO der Forderung von UNO-Generalsekretär Boutros-Ghali, die UNO mit ausreichenden militärischen Kapazitäten für Operationen unter Führung des Sicherheitsrates auszustatten, im Geheimdokument „MC 327“ eine klare Absage. Dieses vom NATO-Militärausschuss ausgearbeitete Konzept beinhaltete im Wesentlichen vier Punkte: a) Interventionen nur, wo es um eigene Interessen geht (also nicht in Ruanda); b) völlige militärische und politische Kontrolle über den Einsatz durch die NATO; c) von NATO-Staaten gewonnene

---

<sup>11</sup> Vgl. das Heft 4/1997 der Schweizerischen Zeitschrift für Geschichte, darin insbesondere Kreis 1997 und Jaun 1997. Vgl. weiter Lang 1989, 15-127 und Crain 1989.

<sup>12</sup> Kagan 2003, 58.

Aufklärungserkenntnisse werden nicht an die UNO weiter gegeben; d) die NATO bestimmt, wann und zu welchen Bedingungen ein vom Sicherheitsrat beschlossener Einsatz beendet wird. In dieser zynischen Logik lag der Hauptgrund für das „Versagen der UNO“ bei der Verteidigung der dem Dayton-Abkommen ohnehin im Wege stehenden muslimischen Enklaven wie Srebrenica und Zepa.<sup>13</sup>

Begleitet war dieser Prozess durch die Osterweiterung der NATO, mit der die OSZE marginalisiert wurde. Präsiert wurde der dafür zuständige US-Ausschuss vom Vizepräsidenten des Rüstungskonzerns Lockheed Martin. Ob die Ausbreitung des militärischen Sonderbundes NATO auf Kosten des universellen Bundes UNO als Stärkung der kollektiven Sicherheit betrachtet werden kann, wurde in der Schweizer Linken 1996/97 zu einer Streitfrage, als es um den vom Bundesrat beschlossenen Beitritt der Schweiz zur NATO-„Partnerschaft für Frieden“ ging.<sup>14</sup>

Wichtiger als die Exportinteressen der Rüstungsindustrie waren für die historische Regression auf Kosten der UNO laut damaligem Strategiedokument der NATO zwei andere Motive: die Garantie der „Zufuhr lebenswichtiger Ressourcen“ sowie die Abwehr der „unkontrollierten Bewegung einer großen Zahl von Menschen“.<sup>15</sup> Schon ein Jahr bevor die neue Global-Strategie der NATO festgeschrieben wurde, hatte Admiral T. Joseph Lopez, damals Oberkommandeur des NATO-Südabschnitts, betont: „Die einzige Möglichkeit, Vorgänge in entfernten Ländern zu beeinflussen“, laute, „dort präsent zu sein“. In seinem Bedrohungsszenario erwähnt der Chef der „Allied South Forces“ insbesondere „Flüchtlingsbewegungen und illegale Einwanderung“ sowie „die strategischen Ressourcen“.<sup>16</sup>

Um Ähnliches geht es bei den Interventions-Szenarien der Europäischen Union, wie beispielsweise ihr European Defence Paper aus dem Jahre 2004 illustriert: „In einem Land x, das an den Indischen Ozean grenzt, haben antiwestliche Kräfte die Macht erlangt und benutzen Öl als Waffe, vertreiben Westler und greifen westliche Interessen an.“ Ziel sei es „das besetzte Gebiet zu befreien und die Kontrolle über einige der Ölinstallation, Pipelines und Häfen des Landes x zu erhalten.“<sup>17</sup> Da die EU realistischerweise davon ausgeht, dass die UNO für eine solche Neuauflage der alten Kanonenbootpolitik schwer zu gewinnen ist, verzichtet sie vorsorglicherweise auf eine Mandatierung durch die UNO.<sup>18</sup>

---

<sup>13</sup> Vgl. Zumach 2000; Luzi 2005, 47, 90-92.

<sup>14</sup> Vgl. Czempiel 1999, 104; Serfati 2001, 88-99; MOMA 1997, 5-10.

<sup>15</sup> Zitiert bei Zumach 2000, 61.

<sup>16</sup> El-Gawhary 2000, 92.

<sup>17</sup> Institute for Security Studies 2004, 81.

<sup>18</sup> Vgl. Luzi/Lang 2005, 163.

Wer die Entwicklung des globalen Neomilitarismus aufgrund der Fakten und der authentischen (Geheim-)Dokumente und nicht bloß der diplomatischen Beschönigungen und der eigenen Wunschvorstellungen beurteilt, muss spätestens mit dem laufenden Irak-Krieg die Bilanz ziehen: Die humanitären und anderen idealistischen Begründungen, die in den 1990er Jahren etliche Pazifisten zu Bellizisten machten, waren und sind eine große Lüge. So ist inzwischen allgemein bekannt, dass die Unwahrheiten, die zur Rechtfertigung des Kosovo-Kriegs 1998/99 verbreitet wurden, nicht kleiner waren, als diejenigen, die zur Legitimierung des Irak-Kriegs 2002/03 fabriziert wurden. Wie unglaublich der militärische „Humanitarismus“ ist, illustriert der Umstand, dass unter den Augen Zehntausender von Soldaten und unter dem Schweigen der großen Mehrheit der damaligen Kriegsbefürwortenden der Kosovo, in dem 1999 noch 150'000 Roma lebten, heute praktisch „zigeunerfrei“ geworden ist. Wer die Wege und die Ziele des nach dem 11. September 2001 gestarteten „war on terror“ nüchtern verfolgt, kann leicht erkennen, dass es bei diesem wesentlich um die Sicherung der Rohstoffversorgung des Westens, insbesondere der USA und Westeuropas, geht.<sup>19</sup>

Die GSoA erfasste sehr früh, dass der Krieg in Ex-Jugoslawien für die zivile und friedliche Lösung von Konflikten einen globalen Rückschlag bedeuten und den Armeen neue Legitimität verleihen würde. Bereits 1989 knüpfte sie erste Kontakte mit antimilitaristischen Gruppen in Slowenien. Daraus ergab sich eine enge Zusammenarbeit mit Antikriegsbewegungen in Kroatien, Bosnien und Serbien. Ende September 1992 begann die GSoA eine Reihe von Friedensgruppen finanziell zu unterstützen. Mit später bekannt gewordenen Pazifistinnen und Pazifisten führte sie während der 1990er Jahre in der ganzen Schweiz zahlreiche Veranstaltungen durch. Die Antikriegskampagne, die mit einem Logo des Sprayers Harald Nägeli und dem Satz der kroatischen Friedensbewegung: „If war is the answer the question must be fucking stupid“ in der Öffentlichkeit bekannt wurde, gewann 1994 die finanzielle Unterstützung mehrerer Schweizer Gemeinden wie Zürich, Bern oder Zug. Ein Hauptprojekt der GSoA war die Unterstützung von alternativen, grenzüberschreitenden Informationsnetzwerken, um den nationalistischen Kriegstreibern aller Lager das „Informations“-Monopol streitig zu machen. Besondere Berühmtheit erlangte das Belgrader Radion B'92. Weiter beteiligte sich die GSoA am internationalen Freiwilligenprojekt für den sozialen Wiederaufbau von Pacraz, einer von Serben und Kroaten bewohnten Kleinstadt in Kroatien.<sup>20</sup> Weiter unterstützte sie die 1998 gegründete serbische

---

<sup>19</sup> Vgl. Zumach 2005, 100-138; Gesellschaft für bedrohte Völker, 2003; Oeschlies 2004, 965f.

<sup>20</sup> Vgl. Astolfi 1999.

StudentInnenbewegung OTPOR, die beim Sturz Milosevic' Anfang Oktober 2000 eine wichtige Rolle spielen sollte.

Die Hauptaufgabe der GSoA-Kampagne war es, jenen Menschen in Ex-Jugoslawien eine Stimme zu geben, für die sich die hiesigen Medien kaum und die Diplomatie überhaupt nicht interessierten: den GegnerInnen von Krieg und Nationalismus, den glaubwürdigsten TrägerInnen eines nachhaltigen Friedens. Zusätzlich ging es darum, in der Schweiz selber der Rückkehr militaristischen Denkens, insbesondere in der Linken, entgegen zu treten. Die beiden zentralen GSoA-Botschaften lauteten aufgrund der konkreten Erfahrungen auf dem Balkan: Politische Prävention und Zivile Lösungen!

Nach dem Schock vom 26. November 1989 brauchten die helvetischen Militärs eine gewisse Zeit, bis sie erfassten, wo sie neue Legitimitätsressourcen erschließen konnten: in Auslandeinsätzen. So sträubten sie sich zuerst gegen die Einführung eines Zivildienstes, was die GSoA 1990 zwang, einen von 1300 Personen unterzeichneten Aufruf zur Massenverweigerung zu lancieren. Im Mai 1992 wurde die Verfassungsgrundlage für einen zivilen Ersatzdienst mit 82,5 Prozent der Stimmenden angenommen.<sup>21</sup> Im gleichen Monat schaffte die GSoA ihre zweite Sensation: Innert 34 Tagen brachte sie gegen den Kauf von 34 F/A-18-Kampffliegern über eine halbe Million Unterschriften zusammen. Dass die Initiative im Juni 1993 mit einem Ja-Anteil von 42,8 Prozent abgelehnt wurde, erklärt sich aus der offiziellen Kampagne gegen Armeeabschaffung und mit der kriegesischen Eskalation auf dem Balkan.<sup>22</sup>

Dieser Hintergrund bestimmte in den kommenden Jahren die zum Teil heftigen Diskussionen innerhalb wie auch unter den Friedensorganisationen und in der Linken über den Beitritt zu den UNO-Blauhelmen 1994, wo die in drei Positionen gespaltene GSoA die Leer-Parole beschlossen hat, über das Mitmachen bei der „Partnerschaft für den Frieden“ 1996, das allerdings nur vom NATO-nahen Flügel der SP befürwortet wurde, über die Lancierung zweier neuer Volksinitiativen für eine Schweiz ohne Armee (SoA) und für einen freiwilligen zivilen Friedensdienst (ZFD) 1998 oder über den Kosovokrieg 1999. Am tiefsten und heftigsten war die Spaltung innerhalb der Friedensbewegung in der Auseinandersetzung um die Revision des Militärgesetzes für militärische Auslandeinsätze im Frühsommer 2001. Die GSoA, die mit der parlamentarischen Linken immerhin ein UNO/OSZE-Mandat durchgesetzt hatte, bekämpfte die Vorlage mit einem Referendum wegen der Ersetzung des bisherigen UNO-Begriffs „peace keeping“ durch den NATO-Begriff „peace supporting“, der „peace

---

<sup>21</sup> Vgl. Boos/Spescha 1994, 10-18.

<sup>22</sup> Vgl. Schmid 1993.



enforcement“ beinhaltet, und weil damit zusammenhängend die Bewaffnung „zur Erfüllung des Auftrags“ über die Friedenserhaltung hinausging. Die kurz vor der Abstimmung bekannt gewordene Finanzierung der linken Ja-Kampagne durch eine Geheimspende der Union Banque Suisse (UBS) hat das Klima unter den Friedensorganisationen nachhaltig vergiftet. Etwa 60 Prozent der Linken legten am 10. Juni 2001 hauptsächlich gegen den Isolationismus des rechten Referendumslagers ein Ja in die Urne, was zur äußerst knappen Annahme der Vorlage führte.<sup>23</sup> Wie provisorisch die zur Einbindung der Linken gemachten Konzessionen sind, illustrieren der Militärgesetz-Artikel 69 „Assistenzdienst im Ausland“ aus dem Jahre 2004 und die dazu gehörende „Verordnung über den Truppeneinsatz zum Schutz von Personen und Sachen im Ausland (VSPA)“, die auf verbindliche UNO-Mandate verzichten.<sup>24</sup> Die Doppelabstimmung über die beiden GSoA-Initiativen im Dezember 2001 stand ganz im Schatten der Terroranschläge vom 11. September und eines kurzfristigen Prestigegewinns militärischen Dreinschlagens auf Kosten ziviler Konfliktbearbeitung. Immerhin deuten die 21,9 (SoA) bzw. 23,2 Prozent (ZFD) Stimmen darauf hin, dass eine starke Minderheit von Menschen sich auch in widrigen Zeiten nicht von der Einsicht abbringen lässt, dass die Schweiz der Welt das zur Verfügung stellen soll, was diese braucht und in dem jene stark ist: das zivile Friedenshandwerk.<sup>25</sup>

Der Irak-Krieg und die weltweite Friedensbewegung, die im Frühjahr 2003 auf dem Berner Bundesplatz zu den zwei größten Kundgebungen in der Schweizer Geschichte führten, haben das Kräfteverhältnis in der Linken und in der Gesellschaft stark verändert und damit den Pazifismus aus seinem historischen Tief geholt. So betrachteten gemäß einer repräsentativen Umfrage im Januar 2004 wieder 41 Prozent der Befragten die Armee als überhaupt nicht oder eher nicht notwendig. Bei den Jungen unter 30 waren es 58 Prozent, bei den „politisch links“ eingestellten 72 Prozent. Das zeigte sich selbst im Nationalrat, wo im Dezember 2004 und im März 2005 die für militärische Auslandseinsätze benötigten Transportflugzeuge neben der isolationistischen SVP-Mehrheit nicht nur von allen Grünen, sondern auch von den meisten SP-Abgeordneten abgelehnt wurden, was zum erstmaligen Absturz eines Rüstungsprogramms führte. Die Ablehnung der EU-Verfassung in Frankreich oder der Wahlerfolg der Linkspartei in Deutschland erklären sich auch aus der gewachsenen Skepsis gegenüber dem globalen Neomilitarismus, dem Zwillingbruder des globalen Neoliberalismus.<sup>26</sup>

---

<sup>23</sup> Vgl. Lang 2001.

<sup>24</sup> Tagesanzeiger, 15.2.2006; GSoA-Medienmitteilung vom 18. 2. 2006.

<sup>25</sup> Neue Zürcher Zeitung, 3.12.2001.

<sup>26</sup> Vgl. Haltiner/Wenger 2004, 21, Anhang II, Tabelle 61; Dokumente zum Zeitgeschehen 2005, 758.

Um so größer ist die Herausforderung für die pazifistischen Kräfte, die UNO, die einzige universelle Organisation auf diesem Planeten, gegen all die neoimperialistischen Alleingänge und neokolonialistischen Sonderbünde, sei das nun die NATO, die US-Army oder eine EU-Armee, zu stärken. Dies bedeutet die Ablehnung jeglichen Militäreinsatzes, der nicht im strikten Rahmen der UNO durchgeführt wird. Dies beinhaltet auch, zu deren autonomen Befähigung beizutragen, Menschenrechte notfalls mit eigenen Gewaltmitteln zu schützen. Ähnlich wie die pazifistische und antimilitaristische Bewegung der 1970er Jahre einen engen Zusammenhang mit der Drittweltbewegung hatte, muss sich die heutige Friedensbewegung mit der globalisierungskritischen und der ökologischen Bewegung inhaltlich und organisatorisch viel stärker verbinden. Dabei bilden der Kampf gegen den „Ölimperialismus“ (Altvater)<sup>27</sup>, der gleichzeitig den Weltfrieden gefährdet und die Zukunft des Planeten bedroht, sowie das Engagement für eine alternative Sicherheits-, Sozial- und Energiepolitik das einigende Band.

---

<sup>27</sup> Altvater (Kapitalismus), 2005, 163f..

## Literatur

- Altvater, Elmar (2005): „Öl-Empire“, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* (1), 65-74
- Altvater, Elmar (2005), *Das Ende des Kapitalismus wie wir ihn kennen*, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Amherd, Leander (1984): *Die Friedensbewegung in der Schweiz 1945 bis 1980*, unveröffentlichte Lizentiatsarbeit (Universität Bern).
- Astolfi, Astrid (1999): *Reconstruction après la guerre, l'exemple de Pacrac (Croatie)*, Paris, L'Harmattan.
- Boos, Leo/Spescha, Marc (1994): *Ungehorsam für Recht und Freiheit. Dokumentation eines aussergewöhnlichen Prozesses*, Bülach: Realotopia Verlagsgenossenschaft.
- Cooper, Robert: "The new liberal imperialism", in: *The Observer*, 7. April 2002.
- Crain, Fitzgerald (1989): „Sozialpsychologische Kritik der Igelmentalität“, in: Gross, Andreas/Crain, Fitzgerald/Kaufmann, Bruno (eds.): *Frieden mit Europa. Eine Schweiz ohne Armee als Beitrag zur Zivilisierung der Weltinnenpolitik*, Zürich: Realotopia, 109-131.
- Czempiel, Ernst-Otto (1999): *Kluge Macht. Aussenpolitik für das 21. Jahrhundert*, München: C.H. Beck.
- Dokumente zum Zeitgeschehen (2005): „Europa. Nein zu diesem Verfassungsvertrag; Ja zu einem sozialen, demokratischen und friedlichen Europa“, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* (6), 757-759.
- El-Gawhary, Karim (2000): „Das Mittelmeer als neue Front? Die arabische Welt und die neue NATO-Doktrin“, in: Reinecke, Stefan (ed.): *Die neue NATO. Vom Verteidigungsbündnis zur Interventionsmacht?*, Hamburg: Rotbuch Verlag, 89-98.
- Forum für praxisbezogene Friedensforschung (ed.) (1986): *Handbuch Frieden Schweiz*, Basel: Z-Verlag.
- Gesellschaft für bedrohte Völker (2003): *Ohne Zukunft im Kosovo. Perspektiven der Roma, Aschkali und Kosovo-Ägypter*, Bern/Göttingen, Eigenverlag.
- Gross, Andreas/Seitz, Werner (1985): „Wider den realpolitischen und vaterländischen Geist unter den Linken“, in: *Widerspruch. Beiträge zur sozialistischen Politik* 5 (2), 94-98.
- Haltiner Karl W./Wenger, Andreas (eds.) (2004): *Sicherheit 2004. Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*, Zürich, ETH Zürich. Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Militärakademie an der ETH Zürich.
- Institute for Security Studies (ed.) (2004): *European Defence. A proposal for a White Paper*, <http://www.iss-eu.org/chailot/wp2004.pdf> (letzter Zugriff: 11.11.2005), 81.
- Jaun, Rudolf (1997): „Die militärische Landesverteidigung 1939-1945“, in: *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte* 47 (4), 644-661.
- Kagan, Robert (2003): *Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der neuen Weltordnung*, Berlin: Siedler.
- Kreis, Georg (1997): „Vier Debatten und wenig Dissens (Einleitung)“, in: *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte* 47 (4), 451-476.
- Lang, Josef (1989): *Die Seele der Nation. Die Bedeutung einer Schweiz ohne Armee*, Frankfurt a.M.: ISP-Verlag.

Lang, Josef (2001): „Nationale Sicherheitspolitik am Scheideweg. Die Schweiz zwischen militärischem Interventionismus und zivilem Internationalismus“, in: *Widerspruch. Beiträge zur sozialistischen Politik* 21 (2), 46-52.

Luzi, Stefan/Lang, Josef (2005): „Die Militarisierung der EU und die Schweizer Sicherheitspolitik“, in: *Widerspruch. Beiträge zu sozialistischer Politik* 25 (1), 159-167.

Luzi, Stefan (2005): *Unilateral oder in der UNO: Über den Willen der Staaten Frankreich, Grossbritannien und USA zur Etablierung eines funktionierenden Systems kollektiver Sicherheit nach dem Ende des Kalten Krieges*, unveröffentlichte Lizenziatsarbeit (Universität Zürich).

MOMA (1997): Monatsmagazin für neue Politik, 3/1997.

Oeschlies, Wolf (2004): „Das Scheitern der Befriedung. Fünf Jahre Nachkrieg im Kosovo“, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* (8), 965-974.

Ruggle, Walter (1988): „Geistlose Landesverteidigung. Wirkungsgeschichte des Dokumentarfilmes ‚Die Erschiessung des Landesverrätters Ernst S.‘“, in: Martin Durrer und Barbara Lukesch (Hg.), *Biederland und der Brandstifter. Meienberg als Anlass*, Zürich, Limmat Verlag, 57-82.

Schmid, Adrian (1993): „Die Geschichte der Volksinitiative ‚Für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge – Stop F/A-18‘“, in: Gross, Andreas/Schmid, Adrian/Trüb, Hansueli (eds): *Kompromiss auch bei der Armee?*, Zürich: Realotopia Verlagsgenossenschaft, 24-33.

Serfati, Claude (2001): *La mondialisation armée. Le déséquilibre de la terreur*, Paris: Edition Textuel.

Störk, Jürgen (1988): *Studie zur Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA)*, unveröffentlichte Seminararbeit (Universität Fribourg).

Störk, Jürgen (1991): *Achtung und Achtung der Friedensbewegung. Eine Strukturgeschichte der ausserparlamentarischen Friedensbewegung in der Schweiz*, unveröffentlichte Lizenziatsarbeit (Universität Fribourg).

Zumach, Andreas (2000): „Die Geschichte der Sieger. Zur neuen Strategie der NATO“, in: Reinecke, Stefan (ed.): *Die neue NATO. Vom Verteidigungsbündnis zur Interventionsmacht?*, Hamburg: Rotbuch Verlag, 48-56.

Zumach, Andreas (2005): *Die kommenden Kriege. Ressourcen, Menschenrechte, Machtgewinn – Präventivkrieg als Dauerzustand?*, Köln: Kiepenheuer & Witsch.